

Leistungsaufträge und Globalbudgets 2014; Voranschlag 2014

Anträge der Staatswirtschaftskommission und Stellungnahme des Regierungsrates

Leistungsaufträge und Globalbudgets 2014, Voranschlag 2014 (Beschluss Nr. 878 vom 24. September 2013)	Anträge der Staatswirtschaftskommission vom 31. Oktober/4. November 2013	Stellungnahme des Regierungsrates
Departement des Innern		
Amt für Gesundheit und Soziales (2220)		
<p>Referenz: Leistungsauftrag und Globalbudget Amt für Gesundheit und Soziales; Voranschlag, S. 20–21</p> <p>Globalbudget: Fr. 165 491 500.--</p> <p>Voranschlag: Position 22.250.365.25 Beiträge innerkantonale Spitalversorgung</p>	<p>Die budgetierten Beiträge an die Spitäler von 2.81 Mio. Franken für Aus- und Weiterbildungskosten (gemeinwirtschaftliche Leistungen) seien zu halbieren und das Globalbudget des AGS entsprechend um 1.405 Mio. Franken zu reduzieren.</p> <p>Globalbudget neu: Fr. 164 086 500.--</p>	<p>Ablehnung</p> <p>Begründung: Die Beiträge des Kantons sind als Anreizsystem gedacht, damit die Spitäler auch im Bereich der Pflege und des medizinischen Personals weiterhin auf dem aktuellsten Stand bleiben und so für eine adäquate und konkurrenzfähige Spitalversorgung Gewähr bieten. Die Beiträge des Kantons im Bereich der universitären Weiterbildung sind eine Ertragsausfallkompensation resp. ein Beitrag an die Aufrechterhaltung des Betriebs während der Weiterbildungsabwesenheit der Ärzte. Die Halbierung der Ausbildungsbeiträge würde dem erklärten Ziel, dem sich abzeichnenden Mangel an Fachkräften durch eigene Aktivitäten entgegenzuwirken, völlig zuwiderlaufen.</p> <p>Der Druck auf die Schwyzer Spitäler ist aufgrund geringerer Zusatzmittel verglichen mit der umliegenden Konkurrenz bereits sehr hoch. Die vorgesehenen Aus- und Weiterbildungskosten sind nicht über die Tarife abgedeckt. Mit der Kürzung der Ausbildungsbeiträge würden die Spitäler geschwächt. Ihre Ertragssituation ist bereits angespannt.</p>

Volkswirtschaftsdepartement		
Amt für Wirtschaft (2340)		
<p>Referenz: Leistungsauftrag und Globalbudget Amt für Wirtschaft</p> <p>Projekt: Informationsplattform Gewerbeflächen</p> <p>Inhalt: Aufbau und Betrieb der Plattform durch eine Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Amt für Raumentwicklung über alle grösseren leerstehenden Industrie- und Gewerbe-Geschossflächen und Baulandflächen.</p> <p>Beginn: Oktober 2012 / Ende: Anfang 2014</p>	<p>Das Projekt sei aus dem Leistungsauftrag zu streichen, ohne Änderung des Globalbudgets.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Konsequenz: Das Projekt wird nicht durchgeführt. Das Amt für Wirtschaft stützt sich bei seiner Beratungstätigkeit wie bisher auf konventionell abgelegte resp. verfügbare Daten über leerstehende Industrie- und Gewerbeflächen. Im Voranschlag sind keine Mittel für die Reduzierung eingestellt.</p>
Finanzdepartement		
Datenschutz (2790)		
<p>Referenz: Voranschlag, S. 76</p> <p>Voranschlag: Nettoaufwand Fr. 343 800.--</p> <p>Position 27.900.301.00 Gehälter und Sozialzulagen (sowie alle Positionen, die davon abhängen)</p>	<p>Die eingestellten Voranschlagskredite seien so zu ändern, dass die gemäss RRB 742/2013 zugesicherte Reduktion des Beitrags an die Datenschutzstelle um Fr. 56 000.-- im Budget nachvollzogen werden.</p> <p>Nettoaufwand neu: Fr. 287 800.--</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Konsequenz: Im Bereich Aufsicht und Kontrolle kann die Datenschutzstelle Art und Umfang der Aufgabenerfüllung weitgehend selber steuern. Der gesetzliche Auftrag kann deshalb auch mit reduzierten Personalressourcen weiterhin erfüllt werden. Eine Reduktion der Kontrolldichte muss aber in Kauf genommen werden.</p>

Sicherheitsdepartement		
Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz (2590)		
Referenz: Leistungsauftrag und Globalbudget Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz; Voranschlag Globalbudget: Fr. 3 425 000.-- Position 25.930.360.00 Wehrpflichtersatz: Anteil Bund mit Voranschlagskredit über Fr. 2 880 000.--	Der Betrag des Wehrpflichtersatzanteils zugunsten des Bundes sei um Fr. 80 000.-- zu reduzieren. Globalbudget neu: Fr. 3 345 000.--	Zustimmung Konsequenz: Der zu hohe Wert kam wegen eines Berechnungsfehlers zustande, der indessen ohne Auswirkungen auf die Staatsrechnung geblieben wäre.

Gerichte		
Anwaltskommission (4050)		
Referenz: Voranschlag, S. 99 Voranschlag: Fr. 70 000.-- Position 40.500.300.00 Sitzungsgelder	Die Sitzungsgelder, die im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 10 000.-- erhöht wurden, sollen auf das Vorjahresniveau gesenkt werden. Voranschlag neu: Fr. 60 000.--	Ablehnung Begründung (Mitteilung des Präsidenten der Anwaltskommission): Dem Budget 2014 liegen die Budgets der letzten zwei Jahre zugrunde; bereits für die Jahre 2012 und 2013 wurden Fr. 60 000.-- für Sitzungsgelder veranschlagt. Da sich im Zeitpunkt der diesjährigen Budgetierung eine steigende Anzahl abzuhaltender Sitzungen sowie eine erhebliche Zunahme von Anwaltsprüfungen und ein u.a. damit einhergehender erhöhter Aufwand für die Kommissionsmitglieder abzeichnet, wurde – dieser Tendenz entsprechend – das Budget für das Jahr um Fr. 10 000.-- höher veranschlagt als in den Vorjahren.